

FREIE BAUERN



Auslaufmodell Agrarsubventionen? / Presse gegen Satellitenüberwachung / Musterklage gegen FotoApp / Schluss mit dem Preisdruck durch Billigimporte aus der Ukraine / Cem-Test: Getreide verfüttern oder wegschmeißen? / Schultimer-Skandal – Holzenkamp entlassen / Scheitern von Borchert: Positives Signal für die Nutztierhaltung / Gentechnik-Freigabe und Pflanzenschutz-Verbote kippen / Verantwortliche für Inflation müssen benannt werden / Wölfe abschießen am Weidezaun / Grünes Ministerium drückt sich vor Entscheidungen in der Milchpolitik / Moorschutz-Einigung: höhere Wasserstände nützen der Landwirtschaft / Stellungnahme zur Pflanzenschutz-Reduktionsstrategie / Özdemir ist Agrarminister der Konzerne ...

FREIE BAUERN Deutschland**Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe**

Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz
Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201
kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm
Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen
Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzhausen OT Ziegenhagen
Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim
Weiteres Mitglied: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier
Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar
Weiteres Mitglied: Jann-Harro Petersen, 25881 Tating

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:
Reinhard Jung, Telefon 0173-3511680, reinhard.jung@freiebauern.de
Referentin für Fachthemen und Kommunikation:
Frieda Salzwedel, Telefon 0174-1801177, frieda.salzwedel@freiebauern.de
Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:
Anja Giesen, Telefon 0170-5554908, anja.giesen@freiebauern.de

Landesvertretung Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg)

Landessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Stellvertretender Landessprecher: Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue
Weiteres Mitglied: Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow
Weiteres Mitglied: Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow
Weiteres Mitglied: Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz
Weiteres Mitglied: Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch
Weiteres Mitglied: Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim
Weiteres Mitglied: Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch
Weiteres Mitglied: Matthias Kurth, 03205 Calau OT Settinchen
Weiteres Mitglied: Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörz

Landesvertretung Niedersachsen

Landessprecher: Fokko Schumann, 26524 Hage OT Berumbur
Stellvertretender Landessprecher: Cord Meyer, 27367 Böttersen OT Höperhöfen
Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar
Weiteres Mitglied: Christian Müller, 29378 Wittingen OT Eutzen
Weiteres Mitglied: Jens Soeken, 26629 Großefehn OT Timmel

Landesvertretung Baden-Württemberg

Landessprecher: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier
Stellvertretender Landessprecher: Markus Federolf, 74632 Neuenstein OT Kleinhirschbach
Weiteres Mitglied: Christine Knobloch-Hiller, 70597 Stuttgart OT Degerloch
Weiteres Mitglied: Andreas Schmid, 76187 Karlsruhe OT Maxau
Weiteres Mitglied: Anton Abele, 73497 Tannhausen

Auslaufmodell Agrarsubventionen?

Liebe Berufskollegen,

es wäre alles halb so wild gewesen ohne die freche Bemerkung: „Sie wollen doch Geld von uns, also müssen Sie das hier auch akzeptieren.“ Auf meinem Land stand neulich ein Auto mit drei Personen – da darf man sich als Landwirt schon fragen, mit welchem Recht. Als ich sie höflich darauf hinwies, dass sich hier kein öffentlicher Parkplatz befindet, gaben sie sich als Mitarbeiter des Landwirtschaftsamtes aus, die eine einen halben Hektar umfassende Stilllegung im hinteren Bereich des Ackerschlagelages kontrollieren wollten – Anmeldung Fehlanzeige, auch gekennzeichnet war das Auto nicht. Dass ich da ein bisschen ungehalten reagiert habe, möge man mir nachsehen, beim Telefonat mit der Amtsleiterin am nächsten Tag war ich auch schon viel entspannter, und doch bleibt so ein Grundgefühl, dass irgendwas nicht passt. Drei hochbezahlte Mitarbeiter, ein halber Hektar ... das soll nicht mein Problem sein. Aber dass sie sich bei mir wie zu Hause fühlen und auch so aufführen, das hinterlässt schon einen schalen Beigeschmack.



Vielleicht ist es nur ein Vorgeschmack auf das, was noch kommt. Einkommenstützung statt Grundantrag Agrar, bereits die neuen Begriffe sagen etwas aus. Dass Antragstellung und Kontrollen immer just dann stattfinden, wenn wir auf dem Acker unter Hochdruck stehen, daran haben wir uns fast gewöhnt. Aber ist uns auch bewusst, dass wir schon jetzt im Wochentakt von EU-Satelliten überflogen werden, die aufpassen, dass wir auf unserem Land keinen Unsinn anstellen? Und dass wir künftig in der Pflicht stehen, falls der Auswertungssoftware auf den Satellitenbildern irgendetwas verdächtig vorkommt, mit georeferenzierten Vor-Ort-Fotos nachzuweisen, dass alles in bester Ordnung ist? Im Gegensatz zum großen Verband, der das Ganze als „technische Vereinfachung“ begrüßt, habe ich kein gutes Gefühl bei der totalen Überwachung, die sich damit für uns anbahnt.

Jedenfalls freue ich mich, dass sich unter unseren Mitgliedern eine Arbeitsgruppe Antragsfrei gegründet hat, wo sich Berufskollegen, die schon jetzt keinen Antrag mehr stellen, über die Konsequenzen austauschen und eine Handreichung erarbeiten wollen für andere, die mit dem Gedanken spielen. Und ich werde mich persönlich mit meinem Betrieb finanziell an der Musterklage beteiligen, die Rechtsanwalt Stephan Stiletto gegen die Verpflichtung zur Nutzung der FotoApp vorbereitet. Über beide Vorhaben mehr in diesem Heft. Aber auch als Berufsorganisation sollten wir unsere Position zum System der Agrarsubventionen kritisch hinterfragen. Vor acht Jahren haben sich unsere Brandenburger bereits Gedanken darüber gemacht, es damals aber noch nicht gewagt, eine Abschaffung zu fordern. Ihre damaligen Überlegungen sind trotzdem ein guter Einstieg in die Diskussion:

These: Das System der Agrarsubventionen ist nicht reformierbar und sollte auslaufen. Unsere Agrarrohstoffe sind am Markt gefragt und werden es auch in Zukunft sein. Deshalb wollen wir lieber ehrliche Preise erzielen statt jedes Jahr Beihilfen zu beantragen. In den vergangenen zwanzig Jahren sind alle Versuche gescheitert, die EU-Direktzahlungen gerechter zu gestalten. Das System der Agrarsubventionen schadet heute mehr als es nützt: Es täuscht billige Lebensmittel vor, sichert die Investition der Kapitalanleger ab und dient als Legitimation für eine ausufernde Bürokratie. Contra: Die Forderung ist im Berufsstand schwer zu vermitteln, man gibt ohne Not einen Besitzstand auf, während andere gesellschaftliche Gruppen ihre Besitzstände behalten. Jeder sieht erstmal sein Konto und die Sicherheit, die die Subventionen ihm heute bieten. Pro: Faktisch sind die Subventionen auch schon in den letzten Jahren durch Inflation und Modulation zusammengeschmolzen, jetzt haben wir erstmal Planungssicherheit und wenn die Subventionen auslaufen, reden wir doch über einen längeren Anpassungszeitraum. Natürlich muss die Forderung eingebettet sein in die Abschaffung von Sub-

ventionen und Steuererleichterungen in der gesamten Gesellschaft. Contra: Steigende Preise für Agrarrohstoffe sind nicht sicher, und selbst wenn es irgendwann wieder aufwärts geht: es gibt genug Betriebe, denen schon ein richtig schlechtes Jahr das Genick brechen kann – und die werden dann von den Kapitalanlegern aufgekauft, die im Zweifelsfall länger durchhalten. Pro: Wir können nicht die Interessen jeder einzelnen betrieblichen Situation vertreten. Erstens geht es wie gesagt um längere Zeiträume und zweitens ist die Politik nicht dafür zuständig, unsolide Wirtschaften zu retten. Durch Auslaufen der Subventionen entscheiden Erträge und Erlöse wieder mehr über den wirtschaftlichen Erfolg – und in der Produktion sind unsere Betriebe den Kapitalanlegern überlegen. Contra: Der Abbau der Bürokratie ist Theorie, tatsächlich können die Bürokraten uns auch jetzt schon allein durch bestehende Gesetze und Verordnungen in erhebliche Schwierigkeiten bringen. Pro: Das schon, aber ohne die Subventionen fehlt ihnen ein wesentliches Druckmittel. Auflagen und Bußgelder müssen in einem Verhältnis zu den Verstößen stehen, während die massive Kürzung von Fördermitteln einfach mit der Nicht-Einhaltung formaler Regeln begründet werden kann und damit derzeit gravierende Auswirkungen auf das Einkommen und die betriebliche Konkurrenzfähigkeit hätte. Contra: Die Subventionen haben auch eine ausgleichende Wirkung zwischen Gunst- und benachteiligten Standorten. Gerade Brandenburg mit seinen eher schwachen Böden würde dadurch verlieren.

In dieser Zusammenfassung von 2015 sind bereits alle wesentlichen Argumente aufgeführt, die auch heute bei einer Debatte über unsere Haltung zu den Agrarsubventionen sorgfältig abgewogen werden müssen. Allerdings dürften sich die Gewichte seitdem stark verschoben haben, der Wert der staatlichen Beihilfen ist weiter gesunken, die Daumenschrauben im Zusammenhang damit wurden deutlich fester angezogen. Auch wenn die Abhängigkeit je nach Betriebsprofil und Standort unterschiedlich ist, gibt es im Berufsstand kaum mehr jemanden, der noch Verständnis für die fachlich unsinnigen und bürokratisch aufwändigen Bedingungen aufbringt, die inzwischen mit den Direktzahlungen verknüpft sind. Die totale Überwachung kommt jetzt noch als Zeichen besonderer Wertschätzung oben drauf. Trotzdem bleiben viele Fragen offen, selbst wenn man sich vom System der Agrarsubventionen verabschieden möchte. Wie wollen wir uns zur GAP 2028 positionieren? Die Debatte darüber ist hiermit eröffnet, ich freue mich auf möglichst viele kluge Rückmeldungen.

Euer Alfons Wolff (Bundessprecher der FREIEN BAUERN)

FREIE BAUERN gegen Satellitenüberwachung: System der Agrarsubventionen hat sich überlebt

(25.08.2023) Die FREIEN BAUERN haben die in diesem Jahr erstmals praktizierte Satellitenüberwachung der Landwirtschaft als „Sargnagel für das EU-Subventionssystem“ bezeichnet. „Die ohnehin geringe Akzeptanz der Agrarsubventionen im Berufsstand dürfte mit diesem Bürokratiemonster auf den Nullpunkt sinken“, schätzt Jann-Harro Petersen von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Deutlicher kann eine Bundesregierung nicht ausdrücken, wie abgrundtief sie die Landwirte verachtet und wie sehr sie ihnen misstraut.“ Mitten in der unter schwierigsten Witterungsbedingungen eingebrachten Getreideernte verlangen die Ämter in vielen Bundesländern jetzt von den Landwirten, Unstimmigkeiten zwischen ihren Angaben im Agrarantrag und den im Wochentakt erstellten Satellitenfotos ihrer Flächen mittels georeferenzierter Vor-Ort-Fotos aufzuklären, beschreibt der 46jährige Milchviehhalter aus dem schleswig-holsteinischen Tating den neu eingeführten Kontrollmechanismus: „Weil die Datenverarbeitung der EU zu dumm ist, Kleegras von Wiesengras zu unterscheiden, muss ich mir eine App aufs Mobiltelefon laden, technisch anspruchsvolle Fotos der Fläche machen und diese dem Amt übermitteln. Als hätte ich gerade sonst nichts zu tun.“ Im Grunde sei bereits die flächendeckende Satellitenüberwachung eine Unverschämtheit, weil damit unterstellt werde, die im Agrarantrag gemachten Angaben würden nicht der Wahrheit entsprechen.

Satellitenfotos und FotoApp sind nach Auffassung der FREIEN BAUERN besonders widerwärtige Auswüchse eines Systems, das der Landwirtschaft schon lange nicht mehr nützt. „Ursprünglich sollten die Subventionen die höheren Kosten unserer Betriebe gegenüber dem Weltmarkt ausgleichen“, erinnert Petersen: „Heute müssen wir dafür irgendwelche absurden öffentlichen Leistungen erbringen, der Kostendruck durch Billigimporte aus Ländern mit niedrigeren sozialen und ökologischen Standards wird als selbstverständlich hingenommen.“ Auch seien in den vergangenen Jahrzehnten alle Versuche gescheitert, die Fördermittel auf ortsansässige Landwirte zu begrenzen und Agrarinvestoren auszuschließen. Statt dessen ging es zuletzt nur noch um fachlich unsinnige Anreize zur Extensivierung wie die ebenfalls in diesem Jahr eingeführte Pflicht, vier Prozent der Flächen stillzulegen. Petersen: „Die Agrarsubventionen als politisches Steuerungsinstrument haben sich überlebt.“



Da die Fördermittel im Durchschnitt immer noch rund ein Drittel der landwirtschaftlichen Einnahmen ausmachen, ist der Ausstieg aus dem abgelehnten System für den einzelnen Betrieb nicht ganz einfach – jedenfalls nicht, so lange alle seine Nachbarn weiter Subventionen beziehen. Dennoch stellen bereits einige Mitgliedsbetriebe keinen Agrarantrag mehr, weiß Petersen: „Es sind vor allem kleinere Bauern auf guten Standorten mit einer hohen Wertschöpfung, die es sich leisten können, auf die staatliche Gängelei zu verzichten.“ Nach wie vor müssten sich die Betriebe natürlich an Recht und Gesetz halten, aber weil sie dies nicht mehr aufwändig dokumentieren müssen, entfällt eine erhebliche Arbeitsbelastung, informieren die FREIEN BAUERN. Petersen: „Am Ende muss jeder selbst die Höhe der Agrarsubventionen abzüglich Steuern gegenrechnen gegen die Kosten, die aus überbordender Bürokratie, praxisfremden Auflagen und Verlust an persönlicher Lebensqualität resultieren.“

Beteiligt Euch an unserer Musterklage gegen die Pflicht zur Nutzung der FotoApp: Der Landwirtschaftsbetrieb unseres Politikreferenten Reinhard Jung im brandenburgischen Lennewitz (27 ha Grünland mit Mutterkuhhaltung und Ochsenmast, 14.000 Euro Betriebsprämie, Ökolandbau und Ausgleichszulage) wird beim Verwaltungsgericht Potsdam Klage einreichen gegen die durch den Landkreis Prignitz als Bewilligungsbehörde auferlegte Pflicht, zur Klärung von Unstimmigkeiten beim Agrarantrag georeferenzierte Vor-Ort-Fotos zu machen und hierfür die FotoApp auf sein Mobiltelefon runterzuladen. Satellitenüberwachung, KI-Auswertung, georeferenzierte Fotos – wir haben geschaut, wo das System einen Schwachpunkt hat ... und das ist die Pflicht zur Nutzung der FotoApp. Ohne unsere Mitwirkung ist das Kontrollmonster nämlich nicht zu beherrschen. Rechtsanwalt Stephan Stiletto ist überzeugt, dass die Pflicht dem Rechtsgrundsatz widerspricht, dass niemand sich selbst belasten muss. Mit der FotoApp verlangt der Staat vom Betriebsleiter aber nicht nur die Duldung von Kontrollen, sondern auch eine aktive Mitwirkung daran durch Belege, mit denen der Betriebsleiter sich ggf. subventionsrechtlich oder sogar ordnungsrechtlich selbst belasten würde. Für eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung in erster Instanz brauchen wir rund 5.000 Euro. Über Euren Betrag erhaltet Ihr eine Rechnung, die Ihr als betriebliche Ausgabe steuerlich geltend machen könnt. Rückmeldung bitte an kontakt@freiebauern.de.

Neu: Arbeitsgruppe Antragsfrei der FREIEN BAUERN: Einige wenige, die aber immer mehr werden, juckt die FotoApp schon gar nicht mehr, weil sie überhaupt keinen Agraranspruch stellen. Damit sie sich in Zukunft besser über ihre Erfahrungen austauschen können, hat unser Mitglied Hans-Jürgen Spark aus dem niedersächsischen Rastdorf jetzt eine Arbeitsgruppe Antragsfrei ins Leben gerufen. Geplant ist unter anderem eine Handreichung für Berufskollegen über die Chancen und Risiken einer solchen Entscheidung sowie über die Parameter, die zur betriebswirtschaftlichen Bewertung herangezogen werden sollten. Mehr Infos bei Hans-Jürgen unter Telefon 0170-9619902 oder hj.spark@web.de.

FREIE BAUERN: Schluss mit dem Preisdruck durch Billigimporte aus der Ukraine!

(23.07.2023) Die FREIEN BAUERN haben ein sofortiges Einfuhrverbot für Getreide, Mais, Raps und Sonnenblumen aus der Ukraine gefordert. „Statt lautstark über Hunger als Waffe zu lamentieren, sollte Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir lieber dafür Sorge tragen, dass unsere heimische Landwirtschaft nicht weiter wehrlos dem Preisverfall aufgrund ukrainischer Billigimporte ausgesetzt wird“, sagte Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Wir fragen uns, warum Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die Slowakei in der Lage sind, ihre Betriebe vor den Marktverwerfungen durch die Blockade der Schwarzmeerroute zu schützen und der deutsche Landwirtschaftsminister schaut tatenlos zu, wie massiv gesunkene Preise unsere ökonomische Stabilität untergraben.“ Der 52jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen hat vor zwei Wochen mit der Getreideernte begonnen und sieht sich bei der Vermarktung seiner Gerste jetzt mit Preisen konfrontiert, die rund ein Drittel unter denen des Vorjahres liegen: „Das passt nicht zusammen mit den hohen Vorkosten vom Herbst und Frühjahr, besonders für Dünger und Diesel. Wenn wir die Versorgung der Bevölkerung aus eigener Produktion sichern wollen, brauchen wir wieder ein Mindestmaß an Außenschutz, sonst lohnt der Anbau in Deutschland nicht mehr.“

Den FREIEN BAUERN geht es nicht darum, den Export ukrainischer Getreideüberschüsse auf dem ohnehin teureren Landweg zu verhindern, versichert Ehrenberg: „In dieser angespannten Situation muss der Transit zu den Ostseehäfen selbstverständlich möglich bleiben, damit die Ware von dort aus in die wirklich bedürftigen Länder Afrikas verschifft werden kann. Wir wollen nur nicht, dass die großen Agrarhändler hierzulande sich vorher für kleines Geld die Läger vollmachen, um die Preise zu drücken.“ Durch Polen etwa könne das Getreide derzeit problemlos in verplombten Waggons transportiert werden, wodurch sichergestellt wird, dass es nicht den heimischen Markt schädigt. Eine entsprechende Regelung verlangen die FREIEN BAUERN jetzt auch für Deutschland.

Dass Getreide in der Ukraine kostengünstiger produziert werden kann als in der Europäischen Union liegt nicht nur an den besseren Böden, sondern vor allem an den geringeren sozialen und ökologischen Standards, kritisiert Ehrenberg: „In der ukrainischen Landwirtschaft herrschen riesige Agrarkonzerne vor, bei uns längst verbotene Pflanzenschutzmittel werden großflächig und unkontrolliert eingesetzt – damit können und wollen wir nicht konkurrieren.“ Auch aus Sicht des Verbraucherschutzes sei die zu Kriegsbeginn erteilte und inzwischen bis Mitte 2024 verlängerte Einfuhrerlaubnis deshalb in Frage zu stellen, meinen die FREIEN BAUERN. Ehrenberg: „Wenn Özdemir einen Rest grünes Gewissen hat, muss er den Import jetzt genauso konsequent unterbinden wie seine osteuropäischen Amtskollegen.“

FREIE BAUERN empfehlen Cem-Test: Getreide verfüttern oder wegschmeißen?

(06.08.2023) Die FREIEN BAUERN haben dem Bundeslandwirtschaftsminister nahe gelegt, sich die erntereifen Getreidebestände in Deutschland genauer anzuschauen. „Ich lade Cem Özdemir herzlich auf meinen Hof in Vorderhagen in der mecklenburgischen Elbtal- aue ein, wo wir noch etwa 140 Hektar Weizen zu dreschen haben“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Wir könnten ihm zwei Anhänger vollmachen und dann darf er gern losfahren und eine Mühle suchen, die ihm die Ladung als Brotgetreide abnimmt.“ Durch die ununterbrochenen Regenfälle der letzten beiden Wochen seien die Körner vielerorts in ihrer Keimentwicklung so weit fortgeschritten, dass sich aus dem Mehl kein backfähiger Teig mehr herstellen lässt, erklärt der 57jährige Landwirt: „Sowas kommt auf allen Betrieben alle paar Jahre mal vor und es ist ärgerlich, weil Futterweizen schlechter bezahlt wird als Brotweizen, aber nicht dramatisch, weil wir damit über den Futtertrog immer noch wertvolle Lebensmittel produzieren können.“ Sollte Özdemir seine Pläne wahr machen, die Tierhaltung in Deutschland zu halbieren, gäbe es für das nach einer längeren Regenphase geerntete Getreide allerdings keine Verwendung mehr – es müsste also entsorgt werden.



Die aktuelle Witterung biete eine hervorragende Gelegenheit, ideologische Wunschvorstellungen mit der Wirklichkeit abzugleichen, findet Guhl und ermuntert den Bundeslandwirtschaftsminister zum Ernteinsatz auf seinem Hof: „Cem Özdemir würde lernen, dass es gar nicht so schlimm, vielleicht sogar ein Segen ist, wenn ein Teil des Getreides als Tierfutter genutzt werden kann. Letztes Jahr hat er schon

gelernt, dass sein Salat zum Wachsen tierische Düngemittel wie Mist oder Gülle braucht. Und nächstes Jahr lassen wir ihn mal an einem Weidemastochsenfilet mit Kräutersahne schnuppern. Dann wäre sein Agrarpolitik-Praktikum doch nicht ganz vergeblich, und er nimmt was mit fürs Leben.“

*Die FREIEN BAUERN Niedersachsen haben die am 1. September 2023 früh begonnene **Blockade der Molkerei Ammerland** in Wiefelstede durch Aktivisten der Tierrechtsorganisation Animal Rebellion scharf verurteilt. "Milch ist ein wertvolles Naturprodukt, das wir auf unseren Bauernhöfen in der Region nachhaltig erzeugen – mit der Blockade soll erreicht werden, dass die Milchwagen nicht in die Molkerei kommen und damit Lebensmittel verderben", kritisierte Fokko Schumann, Landessprecher der FREIEN BAUERN, die Aktion. Die Forderung der Aktivisten nach einer rein pflanzenbasierten Ernährung sei weltfremd und würde Hunger und Elend bedeuten, so der 42jährige Nebenerwerbslandwirt aus Berumbur: "Gerade unsere norddeutsche Küstenregion wird geprägt durch viel natürliches Grünland, das nebenbei auch ökologisch höchst wertvoll ist. Unsere Milchkühe können aufgrund ihres großartigen Verdauungssystems aus Gras Milch und Fleisch produzieren. Die Tierrebellensollten unbedingt mal einen Selbstversuch machen und Gras essen, dann sind sie wenigstens schnell wieder runter vom Hof."*



Zehn Lügen über die bäuerliche Tierhaltung, vertrieben über die Volks- und Raiffeisenbanken in einem so genannten „Schultimer“, den Schüler als Kalender im Schuljahr einsetzen können – das war schon harter Tobak selbst für alle diejenigen, die sich inzwischen ein dickes Fell gegen die alltägliche Hetze zugelegt haben. Mit unserer Pressemitteilung (unten) haben wir im Juli eine Welle der Empörung ausgelöst, die von ganz vielen verschiedenen Seiten auf die Banken einwirkte und dazu führte, dass der Verlag die Auflage einstampfen und teilweise bereits ausgelieferte Exemplare zurück-

holen musste. Groß war die Empörung auch bei ländlichen Banken, die den Zorn der Basis direkt zu spüren bekamen. In einer Videokonferenz mit den FREIEN BAUERN waren die Verlagsverantwortlichen entsprechend kleinlaut – zu der von uns dringend vorgeschlagenen Kampagne für bäuerliche Tierhaltung konnten sie sich freilich bis heute nicht durchringen.

Schultimer-Skandal: FREIE BAUERN für Entlassung von Multifunktionär Holzenkamp

(06.07.2023) Die FREIEN BAUERN haben die Entfernung des Raiffeisen-Präsidenten Franz-Josef Holzenkamp aus allen öffentlichen Ämtern angeregt. „Nachdem bereits im Frühjahr der Versicherungskonzern LVM über seine sozialen Medien Propaganda für vegane Ernährung gemacht hat, vertreibt jetzt der Deutsche Genossenschaftsverlag mit seinem Schultimer 2023/24 ein Werbegeschenk der Volks- und Raiffeisenbanken, das offen zum Fleischverzicht aufruft“, so Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN. Holzenkamp, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, ehemaliger Bauernverbandsfunktionär und CDU-Bundestagsabgeordneter, sitzt in den Aufsichtsräten beider traditionell eng mit der Landwirtschaft verbundenen Unternehmen und trage damit Verantwortung für deren Entgleisungen, kritisiert der 62jährige Ackerbauer aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt: „Selbst wenn dahinter keine Absicht stecken sollte, dokumentieren die Machwerke von LVM und Verlag zumindest eine Unterwerfung der Wahrheit unter den Zeitgeist und eine totale Gleichgültigkeit dieser Unternehmen gegenüber ihren landwirtschaftlichen Kunden beziehungsweise Genossen.“

Der Schultimer wird mit einer Auflage von 500.000 gedruckt und von den Volks- und Raiffeisenbanken an Schulkinder der weiterführenden Schulen in ganz Deutschland verschenkt. „Mit dieser Reichweite müssten die ländlichen Kreditinstitute eigentlich über die Bedeutung von Nutztieren für natürliche Kreisläufe und regionale Wertschöpfung aufklären, statt mit falschen Zahlen und dreisten Lügen gegen uns Bauern zu hetzen“, meint Wolff. Die FREIE BAUERN fordern daher ihre Mitglieder mit einem Konto bei den Volks- und Raiffeisenbanken auf, umgehend die regionalen Vorstände anzusprechen und zu erreichen, dass der Schultimer nicht in den Umlauf gelangt. Wolff: „Die ganze Auflage gehört eingestampft und es reicht nicht aus, wenn irgendein Depp im Verlag seinen Hut nehmen muss. Der Fisch stinkt vom Kopfe her.“

FREIE BAUERN zufrieden über Scheitern von Borchert: Positives Signal für die Nutztierhaltung

(23.08.2023) Die FREIEN BAUERN haben sich zufrieden über die Auflösung der Borchert-Kommission geäußert: „Das von CDU und Bauernverband installierte so genannte Kompetenz-Netzwerk Nutztierhaltung war eine Beleidigung für alle Bäuerinnen und Bauern, die sich täglich kompetent und leidenschaftlich um ihre Tiere kümmern“, sagte Marco Hintze, stellvertretender Bundessprecher der FREIEN BAUERN. „Borchert ist gescheitert, weil er unsere überwiegend sehr gute Tierhaltung schlecht geredet und daraus einen gigantischen Investitionsbedarf errechnet hat, Özdemir ist gescheitert, weil er diese Unsummen aus dem maroden Staatshaushalt nicht zusammenkratzen konnte“, freut sich der 51jährige Rindermäster aus dem brandenburgischen Krielow. Gewinner der Diskussion seien alle bäuerlichen Tierhalter, die unbeirrt an ihrer Produktionsweise festgehalten haben, so Hintze: „Wir brauchen Vieh für unsere natürlichen Kreisläufe, für regionale Wertschöpfung und für die Ernährungssicherheit.“

Tierhaltung in vernünftigen bäuerlichen Größenordnungen gehöre zu einem lebendigen ländlichen Raum und verändere sich auch ohne Borchert-Kommission ständig, betont Hintze: „Wir Praktiker haben das Tierwohl in unseren Ställen stetig verbessert und haben auch schon Ideen, wie es weiter gehen soll. Dafür brauchen wir aber keine pseudowissenschaftliche und staatsdirigistische Einmischung, sondern faire Rahmenbedingungen, eine Politik gegen den Preisdruck durch Importe und Monopole.“

Die FREIEN BAUERN kritisieren vor allem, dass das jetzt aufgelöste Netzwerk Tierwohl auf technische Stallbaustandards verengt und durch die umfangreichen Umbauanforderungen viele kleine Betriebe zur Aufgabe gezwungen hätte. Auch die Nutznießer der Förderung hätten am Markt vorbei produziert und sich damit vom Staat abhängig gemacht. Hintze: „Borchert und seine Helfershelfer hatten nie ein praktisches Verständnis von Nutztierhaltung – deshalb ist es ein positives Signal für unsere Landwirtschaft, dass dieser Spuk endlich vorbei ist.“

Medienarbeit ist nicht leichter geworden in den vergangenen Jahren, trotzdem zahlt sich Offenheit meistens aus. So konnte unser Ansprechpartner in Nordrhein-Westfalen Malte Voerste Ende Juni gegenüber dem ARD-Mittagsmagazin in seinem Mastschweinstall kurz und prägnant darlegen, warum er die von Özdemir geplante Haltungskennzeichnung für sinnlos und irreführend hält. Unser Mitglied Knut Ahsbahs-Diercks aus Schleswig-Holsten hat einer Journalistin der ZEIT Einblicke in seinen betrieblichen Alltag als Milchviehhalter und Züchter gewährt und ist mit einer überzeugenden Reportage auf Seite 3 der Wochenzeitung gelandet, Zitat: „Weit über achzig Prozent der deutschen Höfe sind Familienbetriebe wie dieser (...) Knut Ahsbahs-Diercks ist der bäuerliche Jedermann, fernab von Bioidyll und Agrargroßindustrie. Er ist einer von Tausenden, die für die allermeisten Deutschen ihr tägliches Essen produzieren.“





Wir müssen aufpassen, dass es unsere Saat bleibt, die auf unseren Äckern aufgeht. Die Dauerpropaganda der Konzerne zeigt jedenfalls Wirkung – auf einmal schwärmen Politik und Medien von den Chancen der neuen Gentechnik, ganz ohne dass diese irgendwann oder irgendwo greifbar wären. Hier investieren wir gerade viel Aufklärungsarbeit in Politiker der Grünen und der FDP für einen Kompromiss, der uns nützt ...

FREIE BAUERN an Ampel: Gentechnik-Freigabe und Pflanzenschutz-Verbote jetzt kippen

(10.07.2023) Die FREIEN BAUERN haben ihre grundsätzliche Ablehnung jeglicher Lockerung des europäischen Gentechnikrechts bekräftigt. „Unsere mittelständischen Betriebe stehen in vielen Bereichen monopolisierten Marktpartnern gegenüber – unsere unternehmerische Freiheit beruht im wesentlichen nur noch darauf, dass wir über den Boden verfügen, dass uns die Pflanzen und Tiere gehören und dass niemand das Wetter manipulieren kann“, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN: „In dieser Situation patentiertes Saatgut freizugeben würde das Machtgefüge innerhalb der Branche nochmal massiv zulasten der Landwirtschaft verschieben.“ Der Kommissionsvorschlag, gentechnische Verfahren dann nicht mehr zu regulieren, wenn deren Produkte theoretisch auch aus herkömmlicher Zucht entstanden sein könnten, sei zudem logisch nicht nachvollziehbar, denn wenn das Ergebnis dasselbe sei, dürfte es für solche Verfahren überhaupt keine Patente geben, argumentiert der 63jährige Ackerbauer aus dem sachsen-anhaltinischen Hohenthurm. Tatsächlich würden die großen Konzerne nur darauf warten, schwache Landwirtschaftsbetriebe mit unrealistischen Heilsversprechungen in Abhängigkeit zu bringen, warnt Wolff: „In den letzten dreißig Jahren hat die grüne Gentechnik noch nirgendwo auf der Welt zu Ertragssteigerungen oder Fortschritt in der Produktionstechnik geführt, nur die Patentinhaber freuen sich über Lizenzgebühren.“

Die vom EU-Kommissar Frans Timmermanns vorgetragene Erwartung, mit der Freigabe der Gentechnik könne ein Durchbruch bei den ins Stocken geratenen Verhandlungen über die Verordnung zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln erreicht werden, sehen die FREIEN BAUERN als offene Kriegserklärung des niederländischen Politikers gegen die europäische Landwirtschaft. Wolff: „Erst will Timmermanns uns die regionale Erzeugung von Lebensmitteln in weiten Teilen unseres Landes verbieten, jetzt will er uns noch das Eigentum an unseren Ackerfrüchten wegnehmen.“ Die Koppelung beider Themen biete allerdings auch die Chance, durch eine Initiative Deutschlands im Ministerrat beide agrarfeindlichen Vorhaben zu Fall zu bringen, überlegt Wolff: „Eine Schlüsselposition dabei kommt der FDP zu, die uns bisher nur beim Pflanzenschutz unterstützt. Würden die Liberalen endlich begreifen, dass sie sich mit ihrem Pro-Gentechnik-Kurs keine Freunde unter den Landwirten machen, wäre der Weg frei für eine Übereinkunft in der Koalition.“ Bei beiden Themen gehe es um wichtige Fragen der Ernährungssicherheit, die nicht ideologisch entschieden werden sollten, sondern mit dem gesunden Menschenverstand.

Die vom EU-Kommissar Frans Timmermanns vorgetragene Erwartung, mit der Freigabe der Gentechnik könne ein Durchbruch bei den ins Stocken geratenen Verhandlungen über die Verordnung zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln erreicht werden, sehen die FREIEN BAUERN als offene Kriegserklärung des niederländischen Politikers gegen die europäische Landwirtschaft. Wolff: „Erst will Timmermanns uns die regionale Erzeugung von Lebensmitteln in weiten Teilen unseres Landes verbieten, jetzt will er uns noch das Eigentum an unseren Ackerfrüchten wegnehmen.“ Die Koppelung beider Themen biete allerdings auch die Chance, durch eine Initiative Deutschlands im Ministerrat beide agrarfeindlichen Vorhaben zu Fall zu bringen, überlegt Wolff: „Eine Schlüsselposition dabei kommt der FDP zu, die uns bisher nur beim Pflanzenschutz unterstützt. Würden die Liberalen endlich begreifen, dass sie sich mit ihrem Pro-Gentechnik-Kurs keine Freunde unter den Landwirten machen, wäre der Weg frei für eine Übereinkunft in der Koalition.“ Bei beiden Themen gehe es um wichtige Fragen der Ernährungssicherheit, die nicht ideologisch entschieden werden sollten, sondern mit dem gesunden Menschenverstand.

FREIE BAUERN gegen faule Statistik: Verantwortliche für Inflation müssen benannt werden

(16.07.2023) Die FREIEN BAUERN haben dem Statistischen Bundesamt vorgeworfen, durch zusammenhangloses Zahlenmaterial Verwirrung zu stiften. „Wer Lebensmittel als stärksten Preistreiber der Inflation bezeichnet und nicht gleichzeitig erklärt, wer sich das Geld in die Taschen steckt, erweckt einen falschen Eindruck“, kritisiert Christian Linne von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Während die Landwirtschaft mit den Preiserhöhungen günstigstenfalls ihre gestiegenen Kosten für Betriebsmittel decken könne, fahre der Lebensmitteleinzelhandel gigantische Gewinne ein, so der 50jährige Ackerbauer aus dem niedersächsischen Sottmar: „Bei Hackfleisch beispielsweise ist der prozentuale Anteil der Erzeuger in den vergangenen fünf Jahren auf unter die Hälfte des Produktpreises gesunken, gleichzeitig konnten Edeka, Rewe, Lidl und Aldi ihre Marge verdreifachen und liegen inzwischen schon bei 27 Prozent. Nur fürs Verkaufen!“ In einer solchen Situation die Kosten an der Ladentheke isoliert zu betrachten und die Monopolstrukturen in der Wertschöpfungskette auszublenden, sei geradezu unredlich, meint Linne: „Die Supermarktketten beuten uns alle aus, Bauern wie Verbraucher.“

Statt stumpfsinnig Inflationsraten zu beziffern gehöre es zum Aufklärungsauftrag eines Statistischen Bundesamtes, die Verantwortlichen der Preisentwicklung zu benennen, ist Linne überzeugt und verlangt Konsequenzen: „Wenn vier Unternehmen mehr als drei Viertel des Marktes kontrollieren und seit Jahren ihre Marktmacht schamlos zulasten anderer Marktteilnehmer ausnutzen, ist das genau die erhebliche Störung des Wettbewerbs, auf die sich die von der Bundesregierung im April vorgestellte Kartellrechtsreform bezieht“. Die FREIEN BAUERN fordern daher eine zügige Verabschiedung der Gesetzesnovelle und parallel eine Sektoruntersuchung des Bundeskartellamtes, damit gleich nach Inkrafttreten eine Entflechtungsanordnung gegen Edeka, Rewe, Lidl und Aldi ausgesprochen werden kann. Linne: „Wo ist übrigens der Bundeslandwirtschaftsminister bei diesem für unsere Betriebe so wichtigen Thema? Die Monopole im Lebensmitteleinzelhandel und in der Lebensmittelindustrie müssen zerschlagen werden. Ist er vielleicht beim Strohschweinchen-Kuscheln verloren gegangen?“

FREIE BAUERN schlagen Discounter Penny Preissenkung für Lebensmittel vor

(03.08.2023) Die FREIEN BAUERN haben den Discounter Penny aufgefordert, nach Beendigung der Aktion „Die wahren Kosten“ in der nächsten Woche seine Preise für Lebensmittel um mindestens 20 Prozent zu senken. Die Anschlussaktion könnte man „Die wahren Absahner“ nennen und in Kooperation mit dem Bundeskartellamt durchführen, schlägt Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN vor. Laut Sektoruntersuchung des Amtes kontrollieren nämlich die vier großen Ketten Edeka, Aldi, Lidl und Rewe – wozu auch Penny gehört – mehr als drei Viertel des Lebensmitteleinzelhandels und nutzen ihre Marktmacht gnadenlos aus, kritisiert Wolff: „Mit einer 20prozentigen Preissenkung könnte man die positiven Auswirkungen simulieren, die eine Entflechtung der Monopole für die gesamte Gesellschaft hätte. Mehr Wettbewerb, niedrigere Verbraucherpreise, höhere Erzeugerpreise, und auch der Handel dazwischen müsste nicht am Hungertuch nagen.“

Die PR-Aktion von Penny sei so gewöhnlich, dass die FREIEN BAUERN lange überlegt hätten, ob sie sich überhaupt darüber äußern wollen, so Wolff: „Dass unsere heimische

Landwirtschaft angeblich Klima, Wasser und Boden belastet, hört man ja inzwischen überall und immerzu und man stumpft mit der Zeit ein bisschen ab.“ Positiv überrascht haben den 63jährigen Ackerbauern aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt allerdings viele kritische Kommentare in den Medien, die die Doppelzüngigkeit des Discounters entlarven: „Es gibt offenbar doch noch selbständig denkende Journalisten, die nicht auf jede dümmliche Propaganda reinfallen.“ Den Kunden von Penny rät Wolff, bei solchen oder ähnlichen Vorwürfen gegen die Landwirtschaft, einfach ihren Verstand zu gebrauchen und zum Beispiel zu fragen: „Warum verbringen eigentlich so viele Menschen ihre Ferien gerade in den vergifteten Agrarwüsten vom Allgäu bis nach Ostfriesland, von der Eifel bis zum Spreewald? Warum nicht auf dem Parkplatz von Penny?“

FREIE BAUERN wollen Wölfe in der Nähe von Viehweiden konsequent abschießen

(06.09.2023) Die FREIEN BAUERN haben eine zügige Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes und damit verbunden die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht angemahnt. „Wir begrüßen, dass durch das Gutachten der FDP-Bundestagsfraktion und die Ankündigung der Bundesumweltministerin Bewegung in die Diskussion kommt“, sagte Frank Michelchen vom Vorstand der FREIEN BAUERN Brandenburg: „Steffi Lemke braucht jetzt allerdings nicht überrascht oder betroffen zu tun, sie hat dem Gemetzel auf unseren Weiden jahrelang tatenlos zugesehen und kann Glaubwürdigkeit nur dann zurückgewinnen, wenn sie die bestehenden Möglichkeiten zur Eindämmung der Wolfspopulation auch wirklich voll ausschöpft.“ Weidehaltung sei die ökologisch wertvollste Form der Grünlandnutzung – Wölfe, die sich Weidetieren nähern, müssten deshalb konsequent abgeschossen werden, verlangt der 58jährige Biobauer aus dem brandenburgischen Leibsch, der schon zwei Kälber an Wölfe verloren hat: „Und es muss endlich Schluss sein mit der Demütigung der Betroffenen, sie hätten ihre Herde nicht ausreichend geschützt, und Schluss mit dem albernen Märchen, Zäune oder Hunde könnten ein Großraubtier abhalten, das jeden Tag drei Kilo Fleisch nowendig zum Leben braucht.“

Auf keinen Fall akzeptieren wollen die FREIEN BAUERN daher die immer wieder vorgebrachten Ausreden auf das EU-Recht, stellt Michelchen klar: „Selbst wenn auf EU-Ebene der strenge Schutzstatus für den Wolf bleibt, kann Lemke sich durch einfache Übernahme des Artikels 16 (1) e der FFH-Richtlinie ins deutsche Naturschutzrecht dieselben Spielräume verschaffen wie die Regierungen Schwedens und Finnlands.“ Aufgrund einer solchen Gesetzesänderung könnte angeordnet werden, dass Wölfe in der Nähe von Siedlungen oder Viehweiden grundsätzlich abgeschossen werden dürfen. Desweiteren könnte eine Obergrenze festgelegt und auf dieser Basis der Bestand jagdlich so reguliert werden, dass es zu deutlich weniger Konflikten kommt. Michelchen: „Wenn wir weniger Wölfe haben und diese lernen, sich von Siedlungen und Viehweiden fernzuhalten, würde der Druck enorm abnehmen.“ Die FREIEN BAUERN warnen seit Jahren vor der unkontrollierten Ausbreitung des Großraubtiers und den negativen Folgen für Mensch und Umwelt: 2013 protestierten sie gegen den Wolfsmanagementplan der brandenburgischen Landesregierung, 2018 machten sie mit der großangelegten Kampagne wolfsfreiezone.de auf die Bedrohung der besonders artgerechten Weidetierhaltung aufmerksam.

In ganz Schweden gibt es nicht mehr als 300 Wölfe, alles darüber wird geschossen. Frank Michelchen hat unsere Position im Juni in einem Beitrag für den ZDF-Länderspiegel und im August in einem Interview mit dem Schwedischen Rundfunk überzeugend vertreten.



Alles in der nachfolgenden Pressemitteilung ist richtig, und doch war sie zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung nicht mehr aktuell. Gleich nach der Konferenz berichtete Hans-Jürgen Paulsen, dass die Staatssekretärin Ophelia Nick verkündet hat, die Bundesregierung wolle jetzt doch Mindeststandards für Milchlieferverträge verordnen. Extrem spannende Entwicklung, wir versuchen massiv Einfluss zu nehmen ... und werden im nächsten Rundbrief berichten.

FREIE BAUERN: Grünes Ministerium drückt sich vor Entscheidungen in der Milchpolitik

(31.08.2023) Die FREIEN BAUERN haben der Bundesregierung anlässlich der vom Bundeslandwirtschaftsministerium veranstalteten Konferenz zur Zukunft der Milchviehhaltung „aktive Tatenlosigkeit“ vorgehalten. „Die Grünen haben 2021 aus der Opposition heraus verlangt, die Ausbeutung der Milchbauern zu beenden, indem die großen Molkereikonzerne per Verordnung verpflichtet werden, vorab feste Lieferverträge mit Menge und Preis abzuschließen“, erinnerte Hans-Jürgen Paulsen vom Vorstand der FREIEN BAUERN Brandenburg auf der Veranstaltung heute in Berlin: „Inzwischen in der Regierungsverantwortung können sie sich an ihren damaligen Antrag nicht mehr erinnern und wollen statt dessen ganz wichtig über mehr Tierwohl und Klimaschutz diskutieren oder über vegane Alternativen zum Naturprodukt Milch. Cem Özdemir und Staatssekretärin Ophelia Nick würden sich um die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung drücken, kritisiert der 58jährige Milcherzeuger aus dem brandenburgischen Zollchow: „Sie spielen lieber ein bisschen in der Biokiste rum und vertrauen bei harten ökonomischen Themen auf ihre Ministerialbürokratie, die seit Jahrzehnten jede Besserstellung der Milcherzeuger zuverlässig verhindert.“

Derzeit müssten die Milchbauern ihre gesamte Milchmenge an nur eine Molkerei abliefern, ohne dass vorher vertraglich vereinbart wäre, welchen Preis sie dafür erhalten, beschreibt Paulsen die desaströsen Lieferverhältnisse: „Erst bedienen sich die Supermarktketten und Molkereikonzerne, dann kriegen wir, was übrig bleibt.“ Das aus dem Genossenschaftswesen des 19. Jahrhunderts stammende System sei extrem wettbewerbsfeindlich und verhindere, dass die Betriebe am Markt teilnehmen und sich auf veränderte Nachfrage einstellen könnten – mit der Folge lang anhaltender Tiefpreisphasen. Die FREIEN BAUERN fordern daher, dass die Bundesregierung von der in der EU-Marktordnung vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch macht, per Verordnung Mindeststandards für Milchlieferverträge festzulegen. Paulsen: „Das ist eigentlich keine parteipolitische Frage, bei uns in Brandenburg etwa haben sich alle Landtagsfraktionen für eine solche Vertragspflicht ausgesprochen. Die Zuständigkeit liegt aber nunmal bei der Bundesregierung. Die Grünen müssten jetzt nur das halten, was sie vor der letzten Bundestagswahl versprochen haben.“

FREIE BAUERN Brandenburg und grüner Agrarminister einig beim Moorschutz: Höhere Wasserstände nützen der Landwirtschaft



Überraschende Übereinkunft beim Thema Moorvernässung: Brandenburgs Agrarminister Axel Vogel, Betriebsleiter Hans-Jürgen Paulsen und Marco Hintze, Landessprecher der FREIEN BAUERN Brandenburg (v. l.n.r.), stellen sich auf der Pressekonferenz in Zollchow den Fragen der Journalisten.

(29.06.2023) FREIE BAUERN und Landesregierung ziehen beim Moorschutz an einem Strang. Beim Ortstermin auf einem Milchviehbetrieb im uckermärkischen Zollchow stellten der Landessprecher der FREIEN BAUERN Brandenburg Marco Hintze und Brandenburgs Landwirtschaftsminister Axel Vogel klar, dass die angestrebte Wiedervernässung der Moore im Regelfall zu einer Verbesserung der Grünlandnutzung durch Rinder und Schafe führen wird. An dafür besonders geeigneten Standorten kann eine Überstauung der Flächen sinnvoll sein. Mit ihrem Moorschutzprogramm leiste die Landesregierung einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des angespannten Wasserhaushalts, sagte Vogel: „Richtig umgesetzt nützt die Vernässung dem Klimaschutz und der Landwirtschaft gleichermaßen.“ Öffentliche Mittel sollten deshalb schwerpunktmäßig in die Gewässerbewirtschaftung fließen, betonte Hintze: „Wir wollen keine Entschädigungen, sondern wir wollen weiter auf unseren Moorflächen produzieren.“

Der Kern des Problems liege im rigorosen Ausbau der Gewässersysteme zu DDR-Zeiten und der vernachlässigten Instandhaltung der Anlagen seitdem, was in märkischen Mooren bei längeren Trockenphasen negative Auswirkungen auf Klima und Landwirtschaft zeigt, erklärten Hintze und Vogel: „Unser gemeinsames Ziel ist es, die Wasserstände so anzuheben, dass Zersetzungsprozesse in den organischen Böden reduziert und damit Treibhausgasemissionen minimiert werden und sich dadurch zugleich die Wasserversorgung der Kulturpflanzen verbessert. Hierfür benötigen wir eine Ertüchtigung der Gewässerinfrastruktur, insbesondere Instandsetzung und Neubau von Stauanlagen, sowie ein regional gesteuertes Wassermanagement, das über die Vegetationsperiode gleichbleibende möglichst hohe Wasserstände von im Regelfall 30 cm unter Geländeniveau realisiert.“

Überstauungen von Mooren sollen nur im Einvernehmen mit den betroffenen Landwirten und Flächeneigentümern vorgenommen werden, versicherte Vogel: „Mir ist wichtig, dass auch auf solchen Flächen künftig eine Wertschöpfung möglich ist, hierfür gibt es vielversprechende Ansätze. Moorgrünland ist nicht für Wildnisentwicklung vorgesehen.“ Der weit aus überwiegende Teil der brandenburgischen Moore könne mit höheren Grundwasserständen jedoch wie bisher weiter bewirtschaftet werden, so Hintze: „Es wird dann zwar einige nasse Ecken geben, wo Binsen und Seggen wachsen, aber das können wir durch die höheren Grünlanderträge insgesamt locker ausgleichen.“ Für den Klimaschutz ent-

scheidend sei, dass es gelinge, das Wasser in den Mooren zu halten, waren sich Vogel und Hintze einig und vereinbarten, bei der Umsetzung des Moorschutzprogramms in engem fachlichen Austausch zu bleiben.



*Der Dialog zum Moorschutz in Brandenburg geht weiter. Auf einer **Anhörung im Landtag** am 31. August hat unsere Referentin Frieda Salzwedel (links im Bild) die landwirtschaftliche Nutzung der Moore gegen die Versumpfungsphantasien eines Professors der Universität Greifswald verteidigt. Für die Akzeptanz von Moorschutz verlangte sie Stauplanungen, bei denen die angestrebten 30 cm unter Geländeniveau im weit überwiegenden Teil der Einzugsgebiete nicht überschritten werden, und Staubeiräte, über die die örtlichen Bewirtschafter in Abhängigkeit vom Witterungsverlauf Einfluss nehmen können. Für die Niederungen des Havellandes seien auch Pumpen weiterhin unverzichtbarer Teil der Infrastruktur, damit bei Starkniederschlägen die Flächen entwässert werden können. Insgesamt fand die zwischen Minister und FREIEN BAUERN vereinbarte Strategie auf der Anhörung bei den Abgeordneten viel Interesse und positive Resonanz.*

Wir kommen also voran im Moor: Während in Niedersachsen unsere Potenzialstudie zur Moorvernässung angelaufen ist und mit hoher Wahrscheinlichkeit bis Mitte nächsten Jahres verwertbare Ergebnisse liefern wird, auf jeden Fall eine Methodik, wie die von Vernässungsplanungen betroffene Betriebe für ihren Standort nachweisen können, was möglich ist und was nicht, haben wir in Brandenburg einen echten politischen Erfolg vorzuweisen: Erstmals hat ein deutscher Landwirtschaftsminister, noch dazu ein Grüner, den Sumpfdieologen deutlich zu verstehen gegeben, dass wir das Moorgrünland für die regionale Tierproduktion brauchen. Vernässung bis 30 cm unter Geländeniveau – das kann man bei den Diskussionen auch in Schleswig-Holstein und Niedersachsen nicht oft genug betonen.

FREIE BAUERN Brandenburg: Stellungnahme zum Konzept für eine Pflanzenschutzmittel-Reduktionsstrategie

(Thomas Kiesel, 12.07.2023) Das Konzept leitet sich ab aus dem in der Europäischen Farm-to-Fork-Strategie verankerten Ziel, den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft bis 2030 um 50 Prozent zu reduzieren. Die Richtung begrüßen wir, doch das Problem besteht darin, dass es zu dieser pauschalen Vorgabe keine (zumindest keine veröffentlichte) Folgenabschätzung gibt und kein Korrektiv etwa in dem Sinne, dass in dem Moment gegengesteuert werden muss, wenn aufgrund der Regulierung der Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln signifikant sinkt und damit andere negative ökonomische oder ökologische Effekte ausgelöst werden. Aus Sicht des Berufsstandes abzulehnen sind insbesondere die Verbote in so genannten sensiblen Gebieten. In den vergangenen Jahrzehnten wurde unser Land überzogen mit immer mehr und immer größeren Naturschutzgebieten, FFH-Gebieten, Vogelschutzgebieten, Landschaftsschutzgebieten, Wasserschutzgebieten, Biosphärenreservaten und Nationalparks. Das alles in der Regel ohne unmittelbare Folgen für die darin wirtschaftenden Betriebe. Dass nun plötzlich Auflagen und Verbote nachgeschoben werden, die eine Bewirtschaftung praktisch unmöglich machen, kommt einer Enteignung gleich, ohne dass sich die Betroffenen dagegen wehren könnten. Es ist auch nicht

logisch nachvollziehbar, dass die Landwirtschaft in Gebieten eingeschränkt werden soll, deren besonderer Wert (mit dem wiederum ein Schutzanspruch begründet wird) ja bisher aus der Bewirtschaftung resultiert bzw. zumindest durch die Bewirtschaftung nicht geschmälert wurde.

Insofern begrüßen wir ausdrücklich, dass gleich zu Beginn des Konzeptes klargestellt wird, dass die angestrebte Halbierung „nach Möglichkeit“ erreicht werden soll. Weiterhin wirtschaftlich zu produzieren, dabei die biologische Vielfalt zu sichern und Risiken für die Umwelt zu verringern und zu diesem Zweck mögliche Potenziale zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln voll auszuschöpfen – mit diesen Zielen können sich die bäuerlichen Familienbetriebe in Brandenburg identifizieren. Die Strategie ist im besten Sinne unkonkret, zeigt sie doch, dass sich selbst die Agrarverwaltung der eingeschränkten Möglichkeiten zur Umsetzung pauschaler Reduktionsziele von EU, Bund und Koalitionsvertrag unter Sicherung einer ökonomisch tragfähigen Produktion im Land bewusst zu sein scheint. Genau hierin liegt aber auch eine Chance, nämlich auf kooperativem Weg realistische Ziele tatsächlich zu erreichen. Die dargestellten Handlungsfelder, bestehend zum großen Teil aus Prüfaufträgen, Fortführung und Ausbau von Beratung und Versuchswesen in Zuständigkeit von Ministerium und Landesamt, halten wir durchweg für sinnvoll. Zeigen sie doch: Wer eine Veränderung anstrebt, muss auch den Weg dahin aufzeigen können. Für nicht zielführend halten wir dagegen das besondere Augenmerk auf Flächen mit Bedeutung für den Naturschutz. Hier befürchten wir, dass das Land damit nur Zuarbeiten für die von der EU geplante kalte Enteignung durch Komplettverbote leistet. Die Strategie selbst zeigt, dass bereits heute auf etwa 40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche kaum bis kein Einsatz von chemischem Pflanzenschutz erfolgt (ca. 200.000 ha konventionelles Grünland + 175.000 ha Ökolandbau inkl. ökologisches Grünland + ca. 150.000 ha AUKM Biologische Vielfalt = 525.000 ha / 1.300.000 ha LF = 40 %). Über die Fläche lassen sich keine praktischen Potenziale identifizieren, sondern nur praxisferne Auflagen vorbereiten.

Den in der Strategie ansonsten beschriebenen Pfad zur Identifizierung von Reduktionspotentialen für chemischen Pflanzenschutz wollen wir gern unterstützen. Seine Praxistauglichkeit muss sich natürlich an den daraus abgeleiteten Maßnahmen messen lassen. Für eine kritische Begleitung des Prozesses stehen wir als fachkundige Berufsvertretung zur Verfügung. Die Strategie zeigt allerdings auch die Situation des Ministeriums als Scharnier zwischen Politik und Praxis. Wichtige Reduktionspotenziale müssen unberücksichtigt bleiben, weil sie nicht in der Verantwortung des Landes liegen. Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass das Verbot neonicotinoider Beizen bei Raps und Zuckerrüben dazu geführt hat, dass deutlich mehr Insektizide ausgebracht werden müssen. Und seit Jahren begründen wir unsere Forderung nach einem Importstopp für Soja aus Übersee auch damit, dass über den erst dann rentablen Anbau heimischer Eiweißfutterpflanzen die Frucht-



folgen aufgelockert und damit erhebliche Mengen an Herbiziden und Fungiziden eingespart werden könnten. Leider werden wir nicht gehört – auf der Agenda der Regierenden in Berlin und Brüssel stehen vielmehr weitere willkürliche Auflagen gegen die heimische Landwirtschaft sowie eine Ausdehnung der Handelsbeziehungen mit Südamerika, wo hierzulande längst nicht mehr zugelassene Pflanzenschutzmittel mit dem Flugzeug (!) ausgebracht werden. Wir möchten daher anregen, dass die Agrarverwaltung, ergänzend zum vorliegenden Papier, Initiativen der Landesebene Richtung Bund und EU vorschlägt, um die politischen Rahmenbedingungen für eine Reduktion von Pflanzenschutzmitteln zu verbessern.

FREIE BAUERN Brandenburg: Stellungnahme zum Konzept für eine Nutztierstrategie

(Hans-Jürgen Paulsen, 24.08.2023) Das Konzept spiegelt das Dilemma des Ministeriums wider. Es wird fachlich korrekt erkannt, dass der dramatische Rückgang der Nutztierhaltung in Brandenburg seit 1990 aus volkswirtschaftlicher Sicht ungesund ist. Landwirtschaft braucht Tierhaltung, um in natürlichen Kreisläufen durch regionale Wertschöpfung hochwertige Lebensmittel zur Versor-

gung der Bevölkerung zu produzieren. Die aktuelle Infragestellung der Nutztierhaltung in der gesellschaftlichen Debatte verlangt nach einem Leitbild der flächengebundenen Tierhaltung, aus dem vielleicht in einigen Regionen Deutschlands ein zu hoher Tierbesatz folgt, in Brandenburg aber definitiv ein eklatanter Mangel an Nutztieren, der sich negativ auf die Ökologie der Lebensmittelherstellung und die Ökonomie der ländlichen Räume auswirkt. In einer solchen Situation wirkt es geradezu rührend, die kalkulatorische Selbstversorgung von Berlin und Brandenburg mit tierischen Erzeugnissen bis 2030 zum Ziel zu erheben, und zugleich ziemlich weltfremd, dieses Ziel in demselben Zeitraum zum überwiegenden Teil aus ökologischer Produktion bzw. mit besonders kostspieligen Haltungssystemen erreichen zu wollen. Beide Zielvorgaben zeigen, dass es in dem Konzept um eine Strategie geht, deren Scheitern bereits eingeplant ist.

Jedenfalls halten wir es für wenig hilfreich, sich den Mangel an Nutztieren schönzureden, indem man den kalkulatorischen Bedarf an tierischen Erzeugnissen mittels ideologisch definierter Diäten so weit herunterschraubt, dass er durch den jetzigen Nutztierbestand gedeckt wird. An die Deutsche Gesellschaft für Ernährung sollte in diesem Zusammenhang die Frage erlaubt sein, worin sich die Erwachsenen von 1970 und 2020 denn so grundlegend unterscheiden, dass sie grundlegend unterschiedlicher Empfehlungen für eine vollwertige Ernährung bedürfen. Außerdem scheint uns der von vermeintlichen Experten errechnete Bedarf weitaus weniger für eine Strategieentwicklung geeignet zu sein als die von mündigen Verbrauchern am Markt artikulierte Nachfrage. Hier mag man zwar den sinkenden Trend beim Verzehr tierischer Erzeugnisse entgegenhalten, allerdings hat der Trend die lästige Angewohnheit, nicht immer in dieselbe Richtung und schon gar nicht immer linear zu verlaufen. Dasselbe gilt für den Ausbau der ökologischen Tierhaltung und der als besonders tiergerecht geltenden Haltungssysteme. Wie man den Anteil der ökologischen Tierhaltung etwa bei Schwein und Geflügel innerhalb von sieben Jahren von derzeit unter einem Prozent auf über 30 Prozent steigern will, ist uns ein Rätsel. Der Rückgang der Nutztierhaltung in Brandenburg hat seine Ursache ja nicht in zu geringer staatlicher Einflussnahme, sondern eher in zuviel staatlicher Gängelung, natürlich aber auch in dem schwierigerem Marktumfeld und der vergleichsweise komfortablen Flächenausstattung brandenburgischer Betriebe, womit sich der Verlust an Wertschöpfungstiefe leichter kompensieren lässt. Eine konstruktive Nutztierstrategie für Brandenburg müsste Landwirte überzeugen, selbst unternehmerisch aktiv zu werden, und dafür sollte das Konzept zunächst entschlackt werden von allen planwirtschaftlichen Zahlenspielen.



entgegenhalten, allerdings hat der Trend die lästige Angewohnheit, nicht immer in dieselbe Richtung und schon gar nicht immer linear zu verlaufen. Dasselbe gilt für den Ausbau der ökologischen Tierhaltung und der als besonders tiergerecht geltenden Haltungssysteme. Wie man den Anteil der ökologischen Tierhaltung etwa bei Schwein und Geflügel innerhalb von sieben Jahren von derzeit unter einem Prozent auf über 30 Prozent steigern will, ist uns ein Rätsel. Der Rückgang der Nutztierhaltung in Brandenburg hat seine Ursache ja nicht in zu geringer staatlicher Einflussnahme, sondern eher in zuviel staatlicher Gängelung, natürlich aber auch in dem schwierigerem Marktumfeld und der vergleichsweise komfortablen Flächenausstattung brandenburgischer Betriebe, womit sich der Verlust an Wertschöpfungstiefe leichter kompensieren lässt. Eine konstruktive Nutztierstrategie für Brandenburg müsste Landwirte überzeugen, selbst unternehmerisch aktiv zu werden, und dafür sollte das Konzept zunächst entschlackt werden von allen planwirtschaftlichen Zahlenspielen.

Aus unserer Sicht enthält das Konzept zwei wesentliche richtige Gedanken:

Erstens den Anspruch der kalkulatorischen Selbstversorgung von Berlin und Brandenburg aus einer nachhaltigen Landwirtschaft mit flächengebundener Tierhaltung – daraus folgend jedoch keine Kleinrechnung des Bedarfs, sondern ein angepasster Ausbau der Tierbestände. Oberste Priorität sollte der Erhalt der vorhandenen Tierbestände haben, hier ist jede Regulierung zu unterlassen. Um- und Ausbauvorhaben bieten die Chance, neue Haltungssysteme in die Praxis umzusetzen. Alle im Konzept genannten Maßnahmen auf Landesebene hinsichtlich Forschung, Beratung, Aus- und Weiterbildung, Förderung von Verarbeitungs- und Vermarktungskapazitäten und positive baurechtliche Begleitung halten wir für zielführend und umsetzbar bei gutem Willen aller Beteiligten.

Zweitens den Anspruch einer hohen Akzeptanz in der Landbevölkerung – dieser Aspekt wird ganz zum Schluss genannt und kommt aus unserer Sicht in dem Konzept zu kurz. Das kontraproduktive „Volksbegehren gegen Massentierhaltung“ ist maßgeblich verursacht worden durch Planungen für überdimensionierte Tierhaltungsanlagen, wo die Bevölkerung eben nicht mitgenommen wurde. Alle Um- und Ausbauvorhaben sollten daher in bäuerlichen Größenordnungen erfolgen, d. h. die angestrebten Tierbestände an einem Standort sollten die Grenzen der verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung nicht überschreiten.

Das Konzept verweist zu Recht darauf, dass staatliche Einflussnahme auf die Nutztierhaltung und ihr Marktumfeld überwiegend in der Verantwortung der EU- und Bundespolitik liegt. Das darf angesichts der unbefriedigenden Situation in Brandenburg jedoch kein Grund sein, entscheidende

strategische Aspekte auszublenden. Dass die Mitwirkungsmöglichkeiten über Agrarministerkonferenz und Bundesrat als „eher schwach“ einzuschätzen sind, können wir nicht nachvollziehen. Gerade Brandenburg mit seinem Mangel an Nutztieren und den bereits eingetretenen ökologischen und ökonomischen Konsequenzen könnte aus leidvoller Erfahrung besonders nachdrücklich und glaubwürdig für eine Stärkung der Nutztierhaltung in Deutschland eintreten. Die FREIEN BAUERN haben hierzu umfangreiche konkrete Vorschläge erarbeitet, die wir der Landesregierung gern zuarbeiten. Wesentliche Handlungsfelder stichpunktartig:

- Keine Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten und Chile
- Aufkündigung der bereits ratifizierten Freihandelsabkommen mit Kanada und Neuseeland
- Reduzierung der Importkontingente für Soja in zehn Jahren auf Null (dadurch Stärkung des heimischen Feldfutterbaus, siehe Stellungnahme zur Pflanzenschutzmittel-Reduktionsstrategie)
- Entflechtung der oligopolen Strukturen in Lebensmitteleinzelhandel, Molkereien und Schlachthöfen auf der Grundlage der von der Bundesregierung geplanten Kartellrechtsnovelle (dafür möglichst zeitnah aktuelle Sektoruntersuchungen des Bundeskartellamts)
- Verordnungen über den verpflichtenden Abschluss schuldrechtlicher Verträge mit Vereinbarung von Menge und Preis für Milch und Schlachtvieh
- Verpflichtende Herkunftskennzeichnung für die mengenmäßig überwiegenden bzw. wertgebenden Bestandteile auf allen Lebensmitteln
- Rücknahme aller Änderungen der Nutztierhaltungsverordnung seit 2017, Verzicht auf das von der Bundesregierung geplante Verbot der Anbindehaltung von Rindern
- Rücknahme aller Änderungen der Düngeverordnung seit 2017 (fachlich unsinnige Benachteiligung der organischen Düngung bei Lagerkapazitäten, Ausbringungsfristen usw.)
- Tierseuchenbekämpfung mit Augenmaß, Aufgabe der bevormundenden und praxisfernen Auflagen zur Bekämpfung von BHV1/BVD, Schweinepest und Vogelgrippe
- Verbot von Genmilch (also keine Lockerung des Gentechnikrechts, weder im Bioreaktor noch draußen) und Laborfleisch (analog zur Regelung in Italien)
- Begrenzung des Stallbauprivilegs auf Bauernhöfe.

Entsprechende, möglicherweise sogar erfolgreiche Initiativen der Landesregierung über Agrarministerkonferenz und Bundesrat würden den Nutztierhaltern den Eindruck vermitteln, dass ihre Arbeit und ihre Erzeugnisse gewollt sind und geschätzt werden. Der gegenwärtige politische Mainstream vermittelt im Gegenteil, dass sie verantwortlich seien für Hunger, Klimastress und Tierleid und die Nutztierhaltung in Deutschland mindestens halbiert werden solle. Wenn im Ministerium die Erkenntnis besteht, dass diese in Brandenburg bereits vollzogene Halbierung aus volkswirtschaftlicher Sicht ungesund ist – warum läßt die Landesregierung den Rest Deutschlands nicht an dieser Erkenntnis teilhaben und stellt sich offensiv an die Seite der bedrängten Nutztierhalter? Am Schluss der Konzeptes ist von einem ökonomisch und regulativ positiven Umfeld die Rede. Hier könnte man noch eine positive Meinungsbildung ergänzen, die einfach zu erreichen wäre, etwa durch ein klärendes Wort des Ministers. Ohne öffentliche Anerkennung und politische Verlässlichkeit wird es nicht die gewünschten Investitionen in den Um- und Ausbau der Nutztierhaltung geben.

*Gute Stimmung und konzentrierte Arbeitsatmosphäre auf dem **Deutschlandtreffen der FREIEN BAUERN** am 22. Juni im hessischen Ziegenhagen: Neben ausführlichen Diskussionen über die strategische Ausrichtung ging es auf Wunsch vieler Teilnehmer besonders um Öffentlichkeitsarbeit. Wir brauchen nicht den hundertsten Agrarblog darüber, wie man ein Mastschwein füttert oder einen Düngerstreuer einstellt – die zentrale Herausforderung besteht darin, Vertrauen in die natürlichen Produkte aus unserer heimischer Landwirtschaft zu schaffen, so ein Ergebnis. Daraus resultiert die kritische Auseinandersetzung mit dem künstlichen Industriefraß und einer Ernährungswende, in der vegane Pampe, Laborfleisch und Insektenpulver die tierischen Eiweißträger Milch, Fleisch und Eier verdrängen sollen. Für 2024 planen wir dazu eine Kampagne, die direkt auf die Emotionen der Konsumenten zielt, aber auch jede Menge Informationen über die verschiedenen Möglichkeiten, sich gut zu ernähren, bereit hält. Wir arbeiten mit Hochdruck dran, lasst Euch überraschen ...*

FREIE BAUERN: Özdemir ist der Agrarminister der Konzerne

(08.09.2023) Die FREIEN BAUERN haben Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir vorgeworfen, wesentliche Teile des früheren grünen Agrarprogramms zugunsten von Kapitalinteressen aufzugeben. „Jahrzehntelang standen die Grünen für viele Bauernhöfe und gegen Agrarkonzerne“, hob Bundessprecher Alfons Wolff eine frühere Gemeinsamkeit hervor: „Als er letzte Woche durch Sachsen tourte, besuchte Özdemir zwei riesige Agrargesellschaften, obwohl in dem Bundesland mehr als 5.000 bäuerliche Familienbetriebe erfolgreich wirtschaften. Seine Vorliebe für die Großlandwirtschaft hat er vielleicht in der Ukraine entwickelt.“ Ebenfalls über Jahrzehnte konnten sich die Bauern darauf verlassen, dass ihnen die Grünen beim Widerstand gegen Gentechnik und Freihandel zur Seite stehen, erinnert Wolff an vergangene Zeiten: „Heute fabuliert Özdemir darüber, dass es angesichts von Hunger und Klimawandel keine Denkverbote gegenüber neuen gentechnischen Verfahren geben dürfe und dass das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten die Chance eröffne, Nachhaltigkeit als internationalen Standard zu etablieren.“ Die programmatische Neuausrichtung finde weitgehend unbemerkt von der Parteibasis statt, der Landwirtschaft fremd geworden sei, bedauert der 63jährige Ackerbauer aus dem sachsen-anhaltinischen Hohenthurm. Lediglich von grünen Umweltpolitikern würden vereinzelt kritische Stimmen laut, die aber nicht durchdringen. Wolff: „Es geht um mächtige Interessen, sehr viel Geld. Özdemir ist der Agrarminister der Konzerne.“

Der programmatische Schwenk des Schwaben lasse sich auch außerhalb von Betriebsbesichtigungen in der praktischen Politik nachvollziehen, etwa im Agrarbericht der Bundesregierung, der diesen Herbst veröffentlicht wird. „Die im vierjährigen Turnus erscheinende Publikation enthält das agrarpolitische Leitbild der Bundesregierung, auf das sich die gesamte Rechtsprechung zum Grundstücksverkehr bezieht – eine großartige Möglichkeit, um ortsansässige selbständige Landwirte beim Flächenerwerb ganz konkret gegen überregionale Investoren zu stärken“, erklärt Wolff. Leider wird Özdemir diese ungenutzt verstreichen lassen, denn laut Aussagen aus dem Ministerium soll als Leitbild nicht eine bäuerliche Landwirtschaft, sondern der Biolandbau verankert werden, bemängeln die FREIEN BAUERN. Wolff: „Im Klartext, es ist dem Minister gleichgültig, wenn Aldi zehntausende Hektar in Ostdeutschland aufkauft, hauptsächlich darauf werden Bio-Radieschen angebaut.“

Die einzige Kontinuität in der Agrarpolitik der Grünen sieht Wolff bei ständig neuen Vorschriften, mit denen ausgebildeten Landwirten haarklein vorgeschrieben wird, wie sie Landwirtschaft zu betreiben haben: „Wir dachten bereits bei Julia Klöckners Düngeverordnung und Insektenpaket, das Ende der Fahnenstange sei erreicht, aber Özdemir hat uns gelehrt, schlimmer geht immer.“ Auch die überbordenden Auflagen und Verbote bewirken, dass Bauern frustriert aufgeben, dass regionale Lebensmittelerzeugung durch Agrarimporte aus Übersee verdrängt wird, dass Flächen frei werden für das Großkapital, warnen die FREIEN BAUERN vor einem fortgesetzten Ausverkauf der Landwirtschaft. An seine Berufskollegen appelliert Wolff deshalb, solide zu wirtschaften, sich breit aufzustellen und alles zu tun, damit die Betriebe stabil bleiben: „Wir erleben eine Zeit, in der es darauf ankommt, durchzuhalten. Jammern nützt nichts, unsere Höfe haben schon ganz andere politische Verirrungen überlebt.“



(Foto BMEL) Wo kommen bloß die vielen leckeren Brötchen her?

Und hier kommt für Internet-Muffel eine Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan.
Gern per Post an: FREIE BAUERN, Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitzebel

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort:

Unterschrift: